

Interview mit Klaus Regling, Managing Director, ESM

Veröffentlicht in Süddeutsche Zeitung, 22. Februar 2017

Von Cerstin Gammelmin und Alexander Mühlauer

Süddeutsche Zeitung: Herr Regling, als Sie als Euro-Retter anfangen, sagten Sie, dass Sie am liebsten nichts zu tun haben wollten. Nun bekommen Sie eine zweite Amtszeit.

Klaus Regling: Ja, das stimmt. Als ich beim ESM-Vorgänger begonnen habe, schrieb ich ein Konzept für zwölf Mitarbeiter.

Das war vor sechs Jahren.

Es hat sich alles anders entwickelt. Wir hatten dann doch fünf Länder in großen Schwierigkeiten. Denen haben wir mit Krediten geholfen.

Das klingt jetzt recht bescheiden. Dabei könnte der ESM in den nächsten Jahren zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden. Wäre das nicht die logische Konsequenz aus der Überlegung, dass die Europäer ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen sollen?

Ich denke auch, dass ein Europäischer Währungsfonds in den Zeitablauf passt. Es wird ihn vermutlich in der Zukunft einmal geben. Zuerst muss man allerdings einen Konsens in den Mitgliedstaaten finden. Aber das globale Umfeld, diese Gegenbewegung zur Globalisierung und das, was in den USA passiert, kann dazu führen, dass Europa sich stärker auf sich besinnt und der ESM ist bereit, eine Rolle zu spielen.

Also rettet der ESM künftig angeschlagene Euro-Staaten allein?

Künftig ist das vorstellbar. Nur bei den Ländern, die jetzt Kredite brauchen, ist es besser, dass wir alles so abschließen, wie wir es begonnen haben, nämlich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Sie reden von Griechenland?

Ja.

Klar ist doch, dass Athen gar nicht die gesamten 86 Milliarden Euro braucht, die bereitstehen. Wozu braucht es den IWF?

Das ist richtig, wir können heute viel mehr Kredite vergeben als vor fünf Jahren. Damals brauchten wir den IWF wegen seiner Finanzmittel. Auch die Expertise war stärker erwünscht als heute. Trotzdem bleibt es richtig, dass man den IWF beteiligt. Auch, weil das sonst politisch in einigen Ländern Probleme bringen würde.

Ohne IWF gibt es kein Geld für Athen?

Es würde keine weiteren Auszahlungen geben. Das ist das Verständnis von mehreren Parlamenten und Regierungen im Euro-Raum. Wir haben begonnen, Griechenland mit dem IWF zu helfen - und der politische Wunsch ist, dass das zu Ende geführt wird.

Mit Verlaub, aber das hört sich an wie ein politischer Schwitzkasten für den IWF.

Wenn der Fonds nicht dazu kommt, entspricht das nicht den Vereinbarungen der Regierungen mit ihren Parlamenten. Laut Bundestagsbeschluss und mehrerer anderer Parlamente muss der IWF dabei sein.

Und wenn er nicht mitmacht?

Muss man überlegen, was kommt.

Die Europäer sehen die Lage in Griechenland sehr viel positiver als der IWF.

Es stimmt, dass wir unterschiedliche Prognosen haben. Etwa in der Analyse, wie tragfähig die griechischen Schulden sind. Aber wir haben keine Differenzen, wenn wir auflisten, was Griechenland in den nächsten 18 Monaten tun muss.

Warum müssen die Griechen noch mal so viel mehr einsparen?

Das stimmt so nicht. Wir haben uns auf ein Primärüberschussziel für 2018 geeinigt. Es hängt also von den Prognosen ab, wie viele Maßnahmen notwendig sind, um dahin zu kommen. Dazu kann man unterschiedlicher Meinung sein. Hier gibt es die Unterschiede zwischen europäischen Institutionen, die sagen, Griechenland hat bei den Haushaltskonsolidierungen fast alles erfüllt, während der IWF sagt, es muss noch mehr getan werden.

Wann gibt es eine Entscheidung?

Das hängt davon ab, wann die zweite Programmüberprüfung abgeschlossen wird. Seit sechs Jahren gibt es immer Verzögerungen. Wir sind wieder mittendrin in einer solchen Phase.

Vor sieben Jahren hat Athen erstmals um Geld gebeten, jetzt ist das Land immer noch nicht überlebensfähig. Würden Sie rückblickend etwas anders machen?

Griechenland hat Fortschritte gemacht. Als die Krise begann, betrug das Haushaltsdefizit 15,6 Prozent der Wirtschaftsleistung. Nun liegt es bei einem Prozent. Wenn die nächsten 18 Monate gut genutzt werden, bin ich zuversichtlich, dass dies das letzte Programm ist, das Griechenland machen muss. Ich gehe davon aus, dass Griechenland ab Mitte 2018 auf eigenen Beinen steht und sich selbst Geld am Markt besorgen kann.

Der Bundesfinanzminister hat jüngst noch mal den Druck erhöht, indem er wieder mit Grexit drohte. Ist das eine Option?

Für mich gibt es keine Grexit-Option. Aber Druck muss man natürlich machen. Wir zahlen ja nur aus, wenn die Konditionen dafür stimmen. Wir brauchen Druck, aber keine Grexit-Debatte.

Wenn Sie den ESM zu einem Europäischen Währungsfonds ausbauen, würden Sie dann nicht dem IWF die Kunden wegschnappen, da Europa seinen schwankenden Ländern selber hilft?

Der IWF hat, was Griechenland angeht, relativ wenig getan. Aktuell hält der Fonds 12,5 Milliarden Euro an ausstehenden Krediten. Wir als ESM haben 162 Milliarden Euro. Für Europa insgesamt sieht die Lage so aus: Der IWF hat etwa 35 Milliarden und wir haben 247 Milliarden an ausstehenden

Kredit. Von den Größenordnungen her ist das nur ein Bruchteil von dem, was wir gemacht haben.

Aber Nicht-Europäer im IWF sagen: Der Fonds engagiert sich zu stark in Europa.

Das ist ein echtes Problem. Dieses Murren im Aufsichtsrat des IWF ist auch ein Grund dafür, dass weltweit regionale Fonds entstanden sind. In Asien, Arabien, Südamerika, und in Europa der ESM. Diese Fonds haben begonnen, miteinander zu sprechen. Der IWF steht eindeutig im Zentrum des internationalen Währungssystems, er ist der Anker, der verhindert, dass die Regionen in unterschiedliche Richtungen abdriften.

Der Erfolg des IWF basiert darauf, dass er unabhängig arbeitet von politischer Einflussnahme. Was entgegnen Sie Kritikern, die sagen, dass der ESM dagegen nicht immun sei?

Es ist eine weitverbreitete Illusion zu glauben, dass der IWF "unpolitisch" sei. Hinter den Entscheidungen im IWF-Board stehen die Finanzministerien der Welt. Dabei haben die USA einen besonders großen Einfluss, weil sie das größte Mitgliedsland im IWF sind und weil der IWF in Washington sitzt. Allerdings ist auch klar, dass die jahrzehntelange Erfahrung des IWF-Stabes bei der Krisenbekämpfung ihm eine besondere Glaubwürdigkeit gibt.

Wie groß ist die Gefahr, dass die Amerikaner unter Trump die Griechenland-Politik Europas nicht mehr unterstützen?

Wir versuchen alle noch zu verstehen, wie die US-Regierung in den verschiedenen Politikfeldern agiert. Natürlich muss man sich Sorgen machen. Aber wir haben auch gesehen, dass nicht alles, was auf Twitter angekündigt wird, auch so kommt. (lacht)

Nun könnten die bevorstehenden Wahlen in den Niederlanden und Frankreich die Euro-Zone durcheinanderbringen, wenn die Nationalisten gewinnen.

Das erwarte ich nicht. Aber die Märkte beobachten das. Aber die größte Wahrscheinlichkeit ist ja, dass in Frankreich ein europafreundlicher Präsident gewählt wird. Insofern bin ich positiv gestimmt.

Und wenn Sie an Italien denken?

Bei Italien habe ich andere Sorgen. Seit 25 Jahren ist die Wirtschaftsentwicklung sehr schwach, ein großer Reformbedarf hat sich aufgestaut. Seit 20 Jahren ist das Wachstum nur halb so hoch wie im Euro-Durchschnitt. Da muss sich was tun.

Nämlich?

Das gibt es die ganze Latte an Strukturreformen, die ich schon mit den Italienern besprochen habe, als ich Generaldirektor in der EU-Kommission war.

Vor mehr als zehn Jahren?

Das ist doch genau das Problem. Es ist bis heute nicht genug passiert um die Produktivität zu steigern.

In Italien heißt es oft, der Euro sei schuld an der schlechten Lage.

Das ist er nicht. Solche Stimmen gibt es auch in Deutschland. Die Probleme in Italien gab es schon vor dem Euro. Unsere Währung ist eine Erfolgsgeschichte.

Und wann tritt dann das nächste Land der Euro-Zone bei?

Ich gehe davon aus, dass im nächsten Jahrzehnt alle EU-Länder Euro-Mitglied werden. Bis auf Schweden, Dänemark und Großbritannien, das uns ja leider verlassen wird. Es gibt klare Absichtserklärungen.

Das klingt jetzt sehr positiv.

Nein, überhaupt nicht. Das ist realistisch. Wie immer.